

4713 0 070830

DEU/Föderalismusreform/Konvent/Kinder 1.ZUS

Beratergremium dringt auf Neuordnung der Bund-Länder-Finzen Erste

Zusammenfassung (mehr Einzelheiten) Utl: Verfassungsrechtler findet Krippen-Kompromiss
«hochproblematisch»

MAW5744 4 plx 507 APD4713 GE x O 00000280

DEU/Föderalismusreform/Konvent/Kinder 1.ZUS dsa brn

Beratergremium dringt auf Neuordnung der Bund-Länder-Finzen

Erste Zusammenfassung

(mehr Einzelheiten)

Utl: Verfassungsrechtler findet Krippen-Kompromiss «hochproblematisch» =

Berlin (AP) Altbundespräsident Roman Herzog hat Bund und Länder beschworen, nach ihren Kompetenzen auch ihre Finanzbeziehungen gründlich neu zu ordnen. Der Beraterkreis «Konvent für Deutschland» unter Vorsitz von Herzog mahnte am Donnerstag, ohne eine umfassende Föderalismusreform II wäre auch die erste Reform vergebens gewesen. Als Beispiel dafür, «wie brennend das Problem ist», nannte der Verfassungsrechtler Rupert Scholz den jüngsten Kompromiss zur Krippenfinanzierung. Beim Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder beteiligt sich der Bund ungeachtet der Zuständigkeiten mit insgesamt vier Milliarden Euro an den Investitions- und den Betriebskosten. Dies halte er für «verfassungspolitisch hochproblematisch», sagte Scholz, wenn auch die genaue Konstruktion noch nicht entschieden sei. Der stellvertretende Vorsitzende des Konvents, Klaus von Dohnanyi, zeigte sich zuversichtlich, dass für die Verteilung der Mittel ein verfassungsfester Weg gefunden werde. Die jetzige «Übergangslösung» sei unter den heutigen Bedingungen tragfähig.

Für die anstehende Föderalismusreform II bietet die große Koalition mit ihrer verfassungsändernden Mehrheit nach Ansicht des Beraterkreises jetzt eine seltene Chance. «Die Situation ist so günstig wie nie», betonte Herzog. Auch Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement appellierte an Bund und Länder, das ganze Vorhaben jetzt tatsächlich anzupacken. Zum politischen Handeln bleibe nicht mehr viel Zeit, mahnte er: «Es sind nur noch Monate.»

Gleichzeitig warnte die Runde davor, sich auf den Einbau einer Schuldenbremse zu beschränken. Dann hätte sich alles andere möglicherweise für längere Zeit erledigt, mahnte Clement.

Herzog hob hervor, dass um der notwendigen Mehrheiten willen eine Finanzreform «nicht ohne Schonung» vorangetrieben und beispielsweise der Solidarpakt II bis 2019 unangetastet bleiben solle. Grundsatzentscheidungen für die Zeit danach müssten aber getroffen werden.

Zwtl: Mehr Länderkompetenz bei Steuern

In einem 13-Punkte-Papier fordert der Konvent unter anderem, dass die Länder alle ihnen zustehenden Steuern auch selbst regeln und auf Einkommen- und Körperschaftsteuer eigene Zu- oder Abschläge erheben dürfen. Herzog räumte ein, dass dies für die ärmeren Länder problematisch sei, die die Konkurrenz der reicheren fürchteten. Er appellierte aber an sie, sich der Verantwortung nicht zu entziehen. Die Sorge der Nehmerländer und des Ostens, am Ende wieder den Kürzeren zu ziehen, sei ein «großer Irrtum», beteuerte Dohnanyi.

Der Finanzausgleich unter den Ländern selbst soll abgeschafft und durch Bundesergänzungszuweisungen ersetzt werden. Zudem soll das Zielbegriff «Einheitlichkeit» der Lebensverhältnisse auch in der Finanzverfassung durch «Gleichwertigkeit» ersetzt werden. In Bundes- und Landesverfassungen soll ein mit Sanktionen belegtes Verbot der Neuverschuldung zumindest über Mehrjahreszeiträume festgeschrieben werden mit dem Ziel, in guten Jahren Geld zurückzulegen und es in schlechten auszugeben. Angesichts der «dramatischen Entwicklung» bei den Beamtenpensionen fordern die Politiker, solche kommenden Lasten transparent darzustellen und die überkommene Verbeamtungspraxis zu überprüfen.

<http://www.konvent-fuer-deutschland.de>

Ende

AP/rl/wn/ 301429 aug 07